

Datenschutzerklärung

Diese Datenschutzerklärung dient ausschließlich der Erfüllung der datenschutzrechtlichen Informationspflicht der Wiener Zeitung GmbH (Media Quarter Marx 3.3, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, datenschutz@wienerzeitung.at).

Rechtsgrundlage der Verarbeitung von Daten durch die Wiener Zeitung GmbH ist die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der die Wiener Zeitung GmbH aufgrund der Verordnung des Bundeskanzlers über die Festlegung des Publikationsmediums für Bekanntmachungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2006 und dem Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 unterliegt. Es werden die in einem Online-Verfahren übermittelten Daten verarbeitet. Eine Verarbeitung besonderer Datenkategorien wird nicht durchgeführt.

Die bekanntgegebenen Daten sind gemäß den Vorschriften der Verordnung des Bundeskanzlers über die Festlegung des Publikationsmediums für Bekanntmachungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2006 und dem Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 zwei Jahre zugänglich und werden danach gelöscht. Sonstige Daten werden zur Erfüllung steuer- und unternehmensrechtlicher Aufbewahrungspflichten nach den gesetzlichen Vorgaben (derzeit sieben Jahre) aufbewahrt. Sofern der Registrierungsvorgang abgebrochen wird, erfolgt die Datenlöschung nach vierzehn Tagen.

Als Übermittlungsempfänger kommen interne und externe Auftragsverarbeiter sowie externe Verantwortliche in Betracht. Eine Übermittlung an Empfänger außerhalb der Europäischen Union erfolgt nicht.

Einem von der Datenverarbeitung Betroffenen kommen folgende Rechte zu:

Auskunftsrecht: Auf Aufforderung wird unentgeltlich Auskunft über den Umfang, die Herkunft und den/die Empfänger der Daten sowie den Zweck der Verarbeitung erteilt. Bei exzessiven Auskunftsbegehren (öfter als zwei Mal pro Jahr) behält sich die Wiener Zeitung Digitale Publikationen GmbH die Verrechnung eines angemessenen Aufwandsatzes vor.

Recht auf Berichtigung: Sollten trotz aller Bemühungen um Datenrichtigkeit und Aktualität falsche Informationen verarbeitet werden, werden diese auf Ihre Aufforderung hin berichtigt.

Löschung: Sofern die Löschung von zu Ihrer Person gespeicherten Informationen gewünscht wird, wird um entsprechende Mitteilung ersucht. Ein Recht auf Löschung kommt Ihnen etwa im Zusammenhang mit einem Widerspruch, oder wenn Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, zu.

Einschränkung: Aus Gründen, die einen Lösungsanspruch begründen, kann auch die Einschränkung der Datenverarbeitung begehrt werden.

Widerspruch/Widerruf: Gegen Datenverarbeitung, die gestützt auf ein berechtigtes Interesse vorgenommen wird, kann Widerspruch einlegt werden. Soweit es sich um eine Datenverarbeitung für Direktwerbezwecke handelt, wirkt dieses Widerspruchsrecht absolut. Erteilte Einwilligungen können jederzeit schriftlich und kostenfrei widerrufen werden.

Datenübertragbarkeit: Sollen bekannt gegebene Daten einem anderen Verantwortlichen übergeben werden, werden diese auf Aufforderung in einem elektronisch übertragbaren Format bereitgestellt.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde: Es wird ausdrücklich auf das Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde hingewiesen: Es besteht ein Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedsstaat des Aufenthaltsorts, des Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 verstößt.